

Victoria Sophie Teschendorf, Kim Otto

Framing in der Wirtschaftsberichterstattung

Der EU-Italien-Streit 2018 und die Verhandlungen über Corona-Hilfen 2020 im Vergleich

Kurzfassung der Studie

Auf einen Blick

- Die wirtschaftspolitische Berichterstattung ist grundsätzlich stark von fundamentalen Paradigmen der Ökonomie geprägt
- Im „Haushaltsstreit“ zwischen EU-Kommission und Italien (2018) dominierte die **Neoklassik** die Berichte deutscher Medien: **95 Prozent** der Artikel **übernahmen die Problemdefinition** dieser Perspektive
- Während der EU-weiten Verhandlungen zur Gestaltung der Corona-Hilfsmaßnahmen (2020) überwogen hingegen **keynesianische** Problemdefinitionen (**74 Prozent** der Artikel)
- Die Berichterstattung folgte damit (zu) stark der **politischen Konjunktur ökonomischer Paradigmen** auf europäischer Ebene
- Notwendig ist eine dauerhaft **paradigmatisch plurale** Wirtschaftsberichterstattung

Allgemeiner Kontext zur Studie

Die Studie untersucht das Framing der deutschen Presseberichterstattung in zwei zentralen wirtschaftspolitischen Konflikten Europas der jüngeren Vergangenheit: Dem „Haushaltsstreit“ zwischen Europäischer Kommission und italienischer Regierung 2018 sowie den europäischen Verhandlungen über wirtschaftspolitische Hilfsprogramme in der Corona-Pandemie 2020. In beiden Fällen standen sich konträre Ansichten gegenüber, wie wirtschaftliche Krisen gelöst werden können. Die im Jahr 2018 gewählte italienische Regierung intendierte durch eine deutlich höhere Neuverschuldung als mit der EU-Kommission anfänglich vereinbart, das Wirtschaftswachstum im Land zu stärken, während die EU-Kommission auf die Einhaltung der Austeritäts- und Sparvorgaben des europäischen Stabilitäts- und Wachstumspaktes drängte. Mit dem Ausbruch der COVID-19-Pandemie Ende 2019 rutschte Italien erneut in eine schwere Rezession und tritt bei EU-weiten

Verhandlungen – an der Spitze einer Gruppe weiterer südeuropäischer Länder – abermals für leichtere Neuverschuldungsmöglichkeiten aller europäischen Staaten als bestem Weg, um der Wirtschaftskrise zu entkommen. Einige nordeuropäische Länder sowie anfänglich auch Deutschland opponierten gegen die vorgeschlagenen Maßnahmen und sprachen sich für die Beibehaltung spezifischer Budgetrestriktionen aus. Die verschiedenen wirtschaftspolitischen Anti-Krisen-Strategien der Länder resultierten dabei aus unterschiedlichen Ansichten über die Funktionsweise von Märkten, die in den wirtschaftswissenschaftlichen Paradigmen „Keynesianismus“ und „Neoklassik“ wurzeln. In der vorliegenden Studie wurde untersucht, wie sich diese Paradigmen in der deutschen Wirtschaftsberichterstattung manifestierten und ob eine ausgewogene Gegenüberstellung konkurrierender und auf unterschiedlichen Paradigmen beruhender Deutungen (Frames) vorlag.

Methode

Mittels quantitativer Inhaltsanalyse wurde die Presseberichterstattung von *FAZ*, *Handelsblatt*, *SZ*, *Die Welt*, *taz*, *BILD* und *Der Spiegel* im Zeitraum 18.05.-31.12.2018 (Haushaltsstreit, 684 Artikel) bzw. 15.02.-31.07.2020 (Corona-Hilfsmaßnahmen, 623 Artikel) untersucht. Auf der Grundlage eines deduktiv-induktiv hergeleiteten Kategoriensystems, welches beispielsweise „Problemdefinitionen“ und „Handlungsempfehlungen“ erfasste, wurden einzelne Ausprägungen dieser Kategorien erhoben und den beiden Paradigmen (Neoklassik/Keynesianismus) zugeordnet. Anschließend erfolgte eine Darstellung

der (relationalen) Häufigkeiten der jeweiligen keynesianischen und neoklassischen Ausprägungen. Da es sich um eine Längsschnittanalyse handelt, konnten Veränderungen im Zeitverlauf dargestellt werden. Des Weiteren wurde mittels multivariater logistischer Regression statistisch ermittelt, ob sich einzelne Frame-Elemente bzw. deren Ausprägungen zu Frames eines bestimmten Paradigmas gruppierten.

Ergebnisse

Paradigmatisch einseitige Berichterstattung im Jahr 2018

Die hauptsächlich durch die EU-Kommission repräsentierte neoklassische Perspektive auf den Konflikt mit der italienischen Regierung im Jahr 2018 dominierte die deutsche Berichterstattung stark. 95 Prozent der Artikel stellten die Verletzung des Stabilitäts- und Wachstumspaktes durch die Pläne Italiens als das zentrale Problem dar, während der durch die EU-Kommission verlangte Sparkurs in nur sechs Prozent der Fälle problematisiert wurde (Abbildung links). Zusätzlich wurde die neoklassische Sichtweise in komplexeren Sinnzusammenhängen präsentiert, die Ursachen identifizierten, Bewertungen vornahmen und Lösungen vorschlugen. Demgegenüber brachte die mediale Darstellung die keynesianische Kritik am Sparkurs kaum mit Handlungsempfehlungen in Zusammenhang. Insgesamt stand eine Konfliktperspektive im Fokus, eine lösungsorientierte und ausgewogene Darstellung der Thematik wurde verfehlt. Die große Verbreitung negativer Bewertungen der Politik und Perspektive der italienischen Regierung kann jedoch auch auf deren provokantes Auftreten

zurückgeführt werden, was eine neoklassische Rahmung der Ereignisse begünstigte.

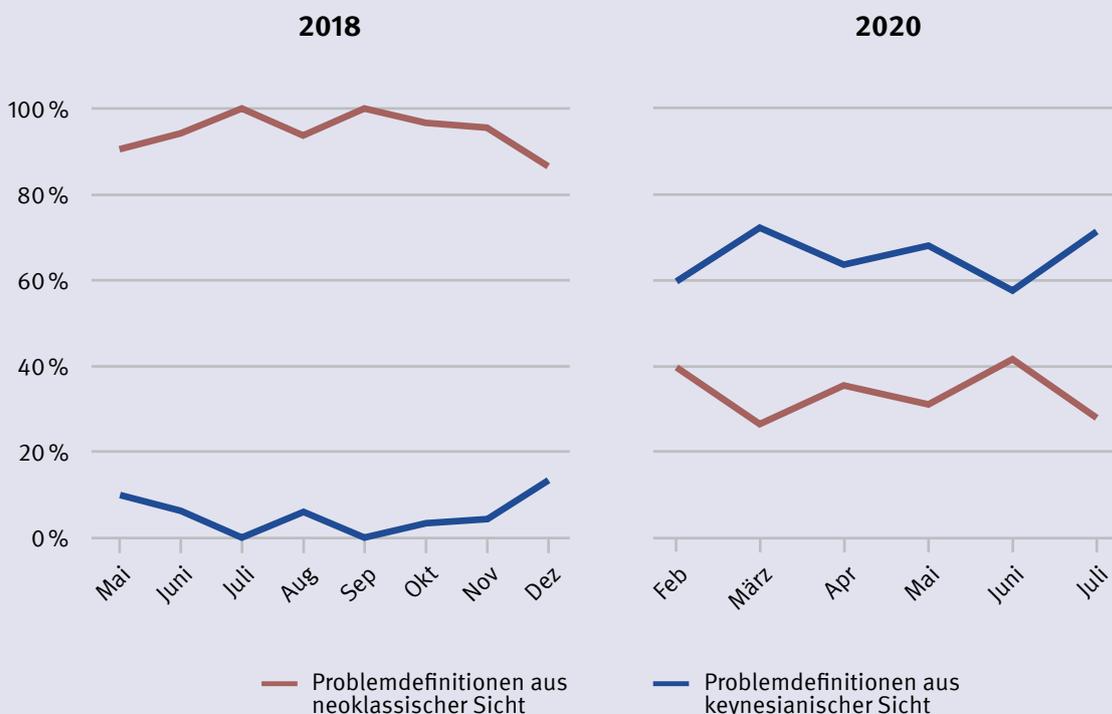
Ausgewogenere Darstellung zwei Jahre später

Im Gegensatz dazu war der mediale Diskurs über die Corona-Hilfsprogramme im Jahr 2020 von der keynesianische Perspektive geprägt: Dass unzureichende Möglichkeiten der Schuldenaufnahme (bspw. aufgrund der europäischen Budgetregeln) als Kernproblem zu behandeln sind, konstatierten 74 Prozent der Artikel. Allerdings wurde in mehr als einem Drittel (36 Prozent) der Berichte (auch) die gegenteilige, neoklassische Ansicht dargestellt (Abbildung rechts). Des Wei-

teren wurden die aus der jeweiligen paradigmatischen Sicht identifizierten Probleme meist in komplexe Sinnzusammenhänge eingebettet und somit der Anspruch an die Medien, politische Vorgänge einzuordnen und zu kontextualisieren, zum großen Teil erfüllt. Auffällig ist, dass die Politik Deutschlands in der Presseberichterstattung zwar häufig negativ bewertet wurde, diese Bewertung jedoch kein Teil eines paradigmatisch eindeutigen Frames war – ein Umstand, der dem wirtschaftspolitischen Richtungswechsel der Bundesrepublik von einer rein neoklassischen zu einer moderateren Position im Verlauf der Verhandlungen zuzuschreiben ist.

Abbildung:

Relative Häufigkeit der neoklassischen und keynesianischen Problemdefinitionen in den untersuchten Printmedien 2018 und 2020



Quelle: Eigene Darstellung. Linke Abbildung: Artikel mit Bezug zum Haushaltsstreit 2018 in Italien: n=541, Mehrfachnennungen möglich, Untersuchungszeitraum: 18.05.2018-31.12.2018. Rechte Abbildung: Artikel mit Bezug zur Corona-Krise in Italien 2020: n=623, Mehrfachnennungen möglich, Untersuchungszeitraum: 15.02.2020-31.07.2020.

Chronist*innenpflicht statt pluralistischer Berichterstattung?

Die Untersuchungsergebnisse lassen darauf schließen, dass die mediale Darstellung der Paradigmen relativ eng der politischen Agenda auf europäischer Ebene folgte. Wenn relevante Akteure bestimmte Perspektiven in den politischen Diskurs einbrachten, reflektierte die Presseberichterstattung diese Ansichten. Daraus ergab sich die Dominanz neoklassischer Erklärungsmuster in der Berichterstattung 2018 und die Dominanz keynesianischer Perspektiven 2020. Allerdings wurde insbesondere die keynesianische Sichtweise 2018 (zu) stark marginalisiert und nicht als kohärenter Frame präsentiert – während die neoklassische Perspektive auch im Jahr 2020 in vielen Artikel eine Rolle spielte und in größeren Sinnzusammenhänge dargestellt wurde. Einseitige und verkürzte Abbildungen ganzer Perspektiven erhöhen die Gefahr, dass marginalisierten Sichtweisen und ihren Träger*innen die Rationalität abgesprochen wird.

Fazit

Die überdeutliche Dominanz der neoklassischen Perspektive in der Berichterstattung deutscher Medien über den „Haushaltsstreit“ zwischen EU-Kommission und Italien im Jahr 2018 muss kritisiert werden, ebenso die mangelnde Einbettung der italienischen Positionen in einen kohärenten keynesianischen Deutungsrahmen. Dahingegen ist die Berichterstattung über die europäischen Verhandlungen der Hilfsprogramme in der Corona-Pandemie zwei Jahre später deutlich ausgewogener, die Medien haben den Diskurs hier adäquat abgebildet. Zukünftig könn-

te eine bewusst plural gestaltete Wirtschaftsberichterstattung dazu beitragen, diese von der politischen Konjunktur ökonomischer Paradigmen unabhängig(er) zu machen.

Über die Autor*innen

Victoria Teschendorf, M.Sc. ist Doktorandin und wissenschaftliche Mitarbeiterin der Professur für Wirtschaftsjournalismus und Wirtschaftskommunikation an der Universität Würzburg.



Prof. Dr. Kim Otto ist Professor für Wirtschaftsjournalismus und Wirtschaftskommunikation an der Universität Würzburg und arbeitet als Journalist für das ARD-Politikmagazin „Monitor“ und „die story“.



Impressum

Herausgeber:

Otto Brenner Stiftung, Jupp Legrand, Wilhelm-Leuschner-Straße 79, 60329 Frankfurt am Main, Tel.: 069-6693-2810, E-Mail: info@otto-brenner-stiftung.de, www.otto-brenner-stiftung.de



Mehr Infos sowie die Langfassung der Studie finden Sie auf unserer Website: www.otto-brenner-stiftung.de